

Die Rhein Hessische.

# Geschäftsbericht 2022



Rhein Hessische  
Energie. Natürlich. Gerne.

Die Rhein Hessische.

# Inhaltsverzeichnis

Jahresvergleich auf einen Blick .....	3
Bericht des Aufsichtsrates .....	4
Mitarbeiter und Soziales.....	5
Lagebericht.....	6
Bilanz zum 31.12.2022 .....	20
Gewinn- und Verlustrechnung .....	22
Anhang.....	23
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers .....	34

## Jahresvergleich auf einen Blick

	Einheit	2022	2021	Veränderung	Veränderung %
<b>Bilanzsumme</b>	T€	70.800,4	67.007,9	3.792,5	5,7
<b>Gezeichnetes Kapital:</b>					
- Ingelheim am Rhein	T€	8.813,5	8.813,5	0,0	0,0
- Thüga Aktiengesellschaft	T€	5.186,5	5.186,5	0,0	0,0
<b>Summe gezeichnetes Kapital</b>	<b>T€</b>	<b>14.000,0</b>	<b>14.000,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
Kapitalrücklage	T€	511,3	511,3	0,0	0,0
Rücklagen für Anlagenerhaltung	T€	511,3	511,3	0,0	0,0
Andere Gewinnrücklagen	T€	7.539,9	7.239,9	300,0	4,1
Bilanzgewinn	T€	2.314,2	2.067,0	247,2	12,0
	<b>T€</b>	<b>24.876,6</b>	<b>24.329,5</b>	<b>547,1</b>	<b>2,2</b>
Ausschüttung	T€	2.300,0	2.060,0	240,0	11,7
<b>Eigenkapital nach Ausschüttung</b>	<b>T€</b>	<b>22.576,6</b>	<b>22.269,5</b>	<b>307,1</b>	<b>1,4</b>
Investitionen	T€	4.040,8	6.961,4	-2.920,7	-42,0
Abschreibungen	T€	3.523,2	3.363,7	159,5	4,7
Jahresüberschuss	T€	2.607,1	2.064,4	542,7	26,3
Mitarbeiter	Anzahl	90	90	0,0	0,0
Strom absatz	Mio. kWh	75,7	79,4	-3,7	-4,7
Erdgasabsatz	Mio. kWh	211,3	251,3	-40,0	-15,9
Wasserabsatz	Tsd. cbm	2.301,7	2.193,4	108,3	4,9
Wärm eabsatz	Mio. kWh	9,4	11,1	-1,7	-15,3
<b>Um satzerlöse:</b>					
Strom	T€	24.143,7	24.582,5	-438,8	-1,8
Erdgas	T€	18.489,1	15.057,6	3.431,5	22,8
Wasser	T€	5.460,4	5.348,3	112,1	2,1
Contracting	T€	1.740,9	1.509,1	231,8	15,4
Übrige	T€	1.407,7	1.690,5	-282,8	-16,7
<b>Gesamt</b>	<b>T€</b>	<b>51.241,8</b>	<b>48.188,0</b>	<b>3.053,8</b>	<b>6,3</b>
Konzessionsabgabe	T€	2.038,1	2.083,4	-45,3	-2,2

## Bericht des Aufsichtsrates

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 und der Lagebericht sind durch die Ebner Stolz GmbH & Co. KG, Bonn, die aufgrund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 06. April 2022 bestellt wurde, geprüft.

Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkung erteilt. Auftragsgemäß sind die Vorschriften des § 6b Abs. 5 EnWG sowie § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beachtet worden.

Der Prüfungsbericht gab dem Aufsichtsrat keine Veranlassung zu besonderen Bemerkungen.

Während des Geschäftsjahres 2022 hat sich der Aufsichtsrat in zwei Sitzungen von der Geschäftsführung Bericht erstatten lassen und deren Tätigkeit überwacht. Außerdem wurden ihm unterjährig schriftliche Unterlagen über die Lage und Entwicklung der Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Der Aufsichtsrat hat entsprechend seiner satzungsmäßigen Zuständigkeit an den zustimmungsbedürftigen Entscheidungen mitgewirkt.

Dem Aufsichtsrat liegen der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Vorschlag über die Verwendung des Gewinnes vor. Er billigt den von der Geschäftsführung aufgestellten Jahresabschluss.

Dem Vorschlag der Geschäftsführung über die Gewinnverteilung schließt sich der Aufsichtsrat an.

Der Aufsichtsrat dankt der Geschäftsführung, dem Betriebsrat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2022 geleistete Arbeit.

## Mitarbeiter und Soziales

Auch in 2022 ging es mit der Umstellung auf digitalisierte Abläufe in der Kundenkommunikation weiter voran. Dies stellte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder vor neue Herausforderungen, die ihnen ein hohes Maß an Flexibilität abverlangten und die Bereitschaft, sich in neue komplexe Abläufe einzuarbeiten.

Es kann als Gradmesser der Identifikation mit dem Unternehmen gewertet werden, dass alle erforderlichen Maßnahmen zielorientiert und erfolgreich umgesetzt wurden. In allen Geschäftsfeldern haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder dazu beigetragen, die Rheinhessische als dienstleistungsorientiertes Versorgungsunternehmen zu profilieren und Kunden mit Qualität und Einsatzbereitschaft zu binden oder neu zu gewinnen.

Die Servicequalität des Unternehmens ist stets aufs Neue unter Beweis zu stellen. Wenn die Rheinhessische in den Kundenbewertungen immer wieder Spitzenwerte erzielt, zeugt das von einem sowohl innerbetrieblich als auch in der Außenbetreuung hervorragenden Zusammenwirken aller Kolleginnen und Kollegen. Die Geschäftsführung sieht sich daher zu großem Dank verpflichtet und darin bestätigt, das Erreichen der gemeinsamen Ziele durch Motivation und Förderung zu unterstützen.

So blieb auch 2022 die Stärkung von Qualifikation und Kompetenz ein Schwerpunkt unserer Personalpolitik.

Aus- und Weiterbildungsangebote als innerbetriebliche Leistungen wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen gerne angenommen.

Insgesamt waren im Berichtsjahr 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Rhein Hessischen beschäftigt, davon 13 in Teilzeit und vier Auszubildende.

Die umfangreichen Verwaltungsaufgaben wurden von 63 Personen wahrgenommen, und 27 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen waren 2022 im Betriebsbereich beschäftigt.

Löhne und Gehälter wurden entsprechend den gültigen Tarifvereinbarungen für Versorgungsunternehmen entrichtet.

Die Belegschaft der Rhein Hessischen wurde 2022 arbeitsmedizinisch vom Facharzt für Arbeitsmedizin, Dr. med. Alexander Keth begleitet, wobei kontinuierlich gesundheitsfördernde Maßnahmen geprüft und gegebenenfalls veranlasst wurden.

Der sicherheitstechnische Dienst der Versorgungswirtschaft hat auch 2022 die einschlägige Betreuung gewährleistet. In einem fortlaufenden Prozess legt ein Arbeitssicherheitsausschuss die zur Arbeitssicherheit zu ergreifenden Maßnahmen fest.

Neben ihrem beruflichen Engagement waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch 2022 in zahlreichen Vereinen erfolgreich aktiv. Als Unternehmen unterstützen wir soziale und kulturelle Projekte. Damit möchten wir das gesellschaftliche Leben der Region bereichern, ebenso wie wir durch Sponsoring von Vereinen im Sportbereich dazu beitragen wollen, ein breites Angebotsspektrum aufrechtzuerhalten.

# Lagebericht

## der Rhein Hessische Energie- und Wasserversorgungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Ingelheim am Rhein, für das Geschäftsjahr 2022

### 1. Grundlagen der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Energie- und Wasserversorgung und die Entsorgung, die Errichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Betriebsführung solcher Unternehmen sowie alle damit zusammenhängenden, den Gesellschaftszwecken unmittelbar oder mittelbar dienenden Geschäfte.

Gegenstand ist ferner der Handel mit Strom und Stromprodukten sowie die Erbringung damit verbundener Dienstleistungen. Darüber hinaus handelt die Gesellschaft mit Gas und Gasprodukten wie auch Wärme einschließlich dazugehöriger Dienstleistungen. Zudem ist die Gesellschaft auf dem Gebiet der Wasserversorgung tätig.

### 2. Wirtschaftsbericht

#### 2.1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und branchenspezifische Rahmenbedingungen

##### 2.1.1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und wirtschaftliches Umfeld

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2022 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 1,9 % höher als im Vorjahr. Für 2023 rechnen die meisten Fachleute mit einer leichten Rezession. Aus Sicht der Bundesregierung hat sich die Wirtschaft im letzten Jahr trotz Inflation, Energiekrise, Ukraine-Krieg und anhaltender Lieferprobleme als erfreulich widerstandsfähig erwiesen. Wegen der vielfältigen Belastungsfaktoren konnte die Wirtschaft allerdings nicht an das Jahr 2021 anknüpfen, als es konjunkturell um 2,6 % nach oben ging.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2022 von durchschnittlich 45,6 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 1,3 % oder 589.000 Personen mehr als im Jahr zuvor und so viele wie noch nie in Deutschland. Der Beschäftigungsaufbau fand 2022 insbesondere bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und in den Dienstleistungsbereichen statt. Im Verarbeitenden Gewerbe stieg die Zahl der Erwerbstätigen 2022 nur leicht und konnte die Beschäftigungsverluste der beiden Vorjahre nicht ausgleichen. Im Baugewerbe gab es trotz Fachkräftemangel erneut einen kleinen Beschäftigungszuwachs. Im Jahr 2022 betrug die Arbeitslosenquote durchschnittlich rund 5,3 % nach 5,7 % im Vorjahr.<sup>1</sup>

Die staatlichen Haushalte beendeten das Jahr 2022 nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsdefizit von 101,6 Milliarden Euro. Das waren knapp 33 Milliarden Euro

<sup>1</sup> Statista GmbH, Hamburg (Stand 3. Januar 2023)

weniger als im Jahr 2021 (134,3 Milliarden Euro). Die Entlastungen des Staatshaushalts durch die auslaufenden Corona-Maßnahmen wurden von neuen Belastungen durch die Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine überlagert. So brachte die Bundesregierung unter anderem drei Entlastungspakete auf den Weg, um den extrem steigenden Energiekosten entgegenzuwirken und Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Wirtschaft zu unterstützen. Die Entlastungspakete führten zu höheren Staatsausgaben, die überwiegend vom Bund finanziert wurden: Das Defizit des Bundes (-117,6 Milliarden Euro) war im Jahr 2022 genauso wie im Jahr 2021 etwas höher als das Defizit des Staates insgesamt. Die Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen realisierten jeweils leichte Finanzierungsüberschüsse. Gemessen am nominalen BIP errechnet sich für den Staat im Jahr 2022 eine Defizitquote von 2,6 %, die damit deutlich niedriger war als in den beiden vorangegangenen Jahren.<sup>2</sup>

### 2.1.2. Entwicklung der Energiemärkte

Nach vorläufigen Berechnungen der AGEB (Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V.) ist der Energieverbrauch in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 4,7 % zurückgegangen. Damit wurde der niedrigste Verbrauch seit der Wiedervereinigung erreicht. Maßgeblicher Grund war die sich im Jahresverlauf verstärkt eintrübende konjunkturelle Entwicklung durch die Ukraine-Krise und ihre Folgen. Eine Erhöhung des Energieverbrauchs aus dem Anstieg der Bevölkerung wurde mehr als kompensiert. Allein bis August erhöhte sich die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen um knapp eine Million. Hauptgrund für den Bevölkerungsanstieg war die Flüchtlingsbewegung aus der Ukraine. Andererseits kam es infolge der stark gestiegenen Energiepreise sowohl zu kurzfristigen verhaltensbedingten Einsparungen wie auch zu Energieeffizienzinvestitionen mit mittel- bis langfristiger Wirkung. Zu einer Minderung des Energieverbrauchs dürften auch preisbedingte Produktionskürzungen in einzelnen Wirtschaftsbranchen geführt haben. Knapp ein Prozent des Gesamtrückgangs beim Energieverbrauch führt die AGEB auf die gegenüber 2021 wärmere Witterung zurück. Bereinigt um den Temperatureinfluss wäre der Energieverbrauch 2022 in Deutschland nur um 3,9 % gesunken. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus einem deutlich geringeren Erdgasverbrauch.

Nach dem kräftigen Anstieg in 2021 gegenüber 2020 legte der Stein- und Braunkohleverbrauch im letzten Jahr jeweils weitere 5 % zu. Der Einsatz von Steinkohle in Kraftwerken erhöhte sich um mehr als 16 %. In der Eisen- und Stahlindustrie wurden hingegen aufgrund der konjunkturellen Entwicklung etwa 6 % weniger Steinkohle eingesetzt. Der Einsatz von Steinkohle in den Kraftwerken wurde begünstigt durch den Preisanstieg bei den Wettbewerbsenergien und die Wiederinbetriebnahme von Anlagen im Rahmen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Energiekrise. Der Anteil der Steinkohle am gesamten Primärenergieverbrauch erhöhte sich von 8,9 % auf 9,8 %. Rund 90 % des Beitrages der Braunkohle zum Energieverbrauch entfällt auf die Stromerzeugung. Der Mehreinsatz glich verminderte Beiträge anderer Energieträger zur Erzeugung von Strom und Wärme aus. Braunkohle hatte 2022 einen Anteil von 10 % (Vorjahr: 9,1 %) am gesamten Primärenergieverbrauch.

Der Erdgasverbrauch fiel 2022 im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise deutlich um knapp 15 %. Das ist der niedrigste Stand seit 2014. Hauptursache für diese Entwicklung waren, neben der zeitweise deutlich milderen Witterung, die preis- und nachfragebedingten Absatzrück-

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (Stand 13. Januar 2023)

gänge in allen Verbrauchsbereichen. Der Anteil des Erdgases am gesamten Primärenergieverbrauch fiel von 26,6 % auf 23,8 %.

Die Stromerzeugung der Kernenergie lag 2022 um knapp die Hälfte niedriger als 2021. Für die Halbierung der Stromerzeugung sorgte die Stilllegung der Anlagen in Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen mit zusammen 4.000 Megawatt (MW) Leistung. Zugleich verminderten die verbliebenen drei Kraftwerksblöcke ab Oktober ihre Produktion, um den beschlossenen Weiterbetrieb bis zum 15. April 2023 sicherstellen zu können. 2022 hatte die Kernenergie einen Anteil von 3,2 % (Vorjahr: 6,1 %) am gesamten Energieverbrauch in Deutschland.

Durch die sonnige und windreiche Witterung wuchs der Anteil der Erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch von 41,0 % in 2021 auf 46,0 % in 2022.

Für das Gesamtjahr 2022 rechnet die AG Energiebilanzen mit einem Rückgang der energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen um etwa 1 %. Die Substitutionseffekte im Energiemix führten zwar zu einem Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen, doch lag der Zuwachs unter der Einsparung, der sich aus dem Rückgang des Gesamtverbrauchs ergibt.<sup>3</sup>

### **Die Marktbewegungen im Einzelnen:**

#### **Gas:**

Nach der massiven Abwärtskorrektur zwischen Weihnachten und Silvester 2021 von den zuvor erreichten Rekordhochs ging es am Gasterminmarkt zum Jahresbeginn 2022 wieder steil aufwärts. Sorgen bereiteten die angespannte Lage in der Ost-Ukraine sowie die sich nochmals reduzierenden Gasflüsse aus Russland. Außerdem wurden niedrigere Temperaturen als für die Jahreszeit üblich erwartet. Dies wäre alles nur halb so schlimm gewesen, wenn nicht die Gasspeicherbestände zu diesem Zeitpunkt auf historisch tiefem Niveau gelegen hätten. Nach einer Beruhigung bis Mitte Januar übernahm zum Monatsende abermals Kaufinteresse das Ruder. Die ersten drei Februarwochen waren zunächst durch eine Seitwärtsbewegung gekennzeichnet. Die russische Invasion in der Ukraine am 24. Februar ließ dann naturgemäß die Risikoprämien massiv ansteigen. Anfang März wurde ein neues Rekordhoch erreicht. Hoffnungen auf eine mögliche Deeskalation im Ukrainekrieg haben danach Abwärtskorrekturen ausgelöst. Dabei wurden praktisch wieder Preisniveaus wie vor der russischen Invasion in der Ukraine erreicht. Hintergründe für die Entspannung waren die Bereitschaft der EU vorerst an russischen Energielieferungen festhalten zu wollen, die andererseits stabilen russischen Erdgasexporte in den Westen und die eher zu milden Temperaturerwartungen für die nächsten Wochen. Die Beruhigung währte allerdings nicht lange. Mehr und mehr übernahm Verunsicherung durch die Ukraine-Krise das Ruder. Auslöser waren Diskussionen über Boykottmaßnahmen gegenüber russischen Energielieferungen. Anfang April wurde ein EU-Steinkohle-Embargo beschlossen, das Mitte August in Kraft treten sollte.

Zunehmende Sorgen über die zukünftige Versorgungslage mit Blick auf russische Energielieferungen führten zu nervösen und extremen Preisschwankungen. Panik setzte ein, als Russland die Lieferungen durch Nord Stream 1 ab Mitte Juni um 60 % reduzierte. Ab dem 27. Juli wurde sogar nur noch 20 % der Kapazität ausgenutzt. Gazprom begründete die Lieferkürzungen mit den westlichen Sanktionen.

<sup>3</sup> AGEB (Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V.); Agora Energiewende; Fraunhofer ISE (Januar 2023)



Letztlich komplett ausbleibende russische Gaslieferungen katapultierten die Gaspreise bis Ende August weiter nach oben. Hinzu kam die Nachfrage zur Speicherbefüllung und Stromerzeugung. Im Sommer war es in Frankreich historisch immer wieder zu Instandhaltungsmaßnahmen der Kernkraftwerke gekommen. Zusätzliche Kühlwasserprobleme führten dazu, dass Deutschland das erste Mal seit Jahren in den Sommermonaten per Saldo erhebliche Mengen Strom nach Frankreich lieferte.

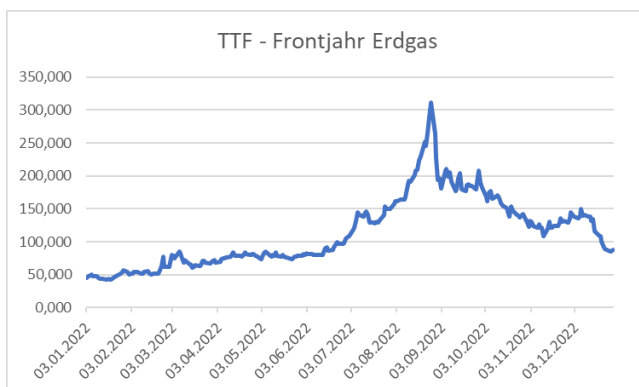
Seit Anfang Oktober gab es deutlich zu milde Temperaturen für die Jahreszeit und eine damit einhergehende erhöhte Verfügbarkeit der Erneuerbaren Erzeugung sorgte für sukzessive Entspannung. Zumal außergewöhnliche Ereignisse mit Blick auf die Versorgungssicherheit (kritische Infrastruktur) ausblieben. Nach den Explosionen an den Nord Stream Pipelines in der Ostsee Mitte September waren die Befürchtungen noch ganz andere. Anfang November erreichten die Füllstände der deutschen Gasspeicher die 100 %-Marke. Begünstigt wurde die Entwicklung durch ein hohes LNG-Angebot und kräftige Einsparungen der Verbraucher. Eine Kältewelle in der ersten Dezemberhälfte sorgte nur kurzzeitig für Anspannung.

Zusammengefasst dominierten 2022 massive Preissteigerungen die Energiemärkte und heizten die Inflation maßgeblich an. Das Abfedern der Kosten und die Ersatzbeschaffung fossiler Energien prägten das Regierungshandeln. Die Börsenpreise am Erdgasmarkt erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr zeitweise um mehr als das Zehnfache. Zentrale klimapolitische Maßnahmen wie das im Ampel-Koalitionsvertrag angekündigte Klimaschutzsfortprogramm blieben dabei auf der Strecke.

Am CO<sub>2</sub>-Markt kam es zwar zu teils extremen Ausschlägen, doch per Saldo zeigte sich das Preisniveau im Jahresvergleich nahezu unverändert.<sup>4</sup>



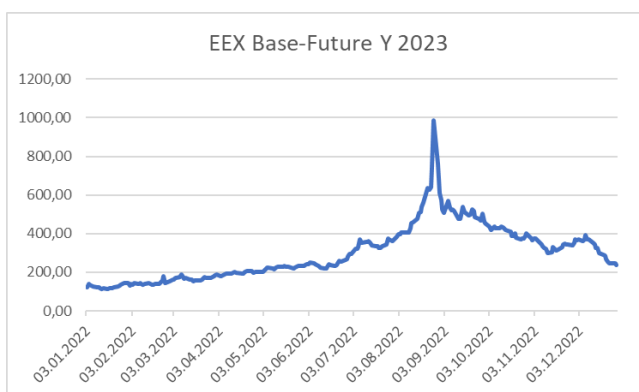
<sup>4</sup> CKE Rückblick



### Strom:

Taktgeber der Energiepreiskrise im letzten Jahr war der Gasmarkt. Da Strom weitestgehend ein Derivativ der Entwicklung der relevanten Rohstoffwerte darstellt, sei auf eine Wiederholung der durch den Ukraine-Krieg ausgelösten Sanktionsspirale verzichtet.

Ein Bild sagt bekanntlich mehr als tausend Worte. <sup>5</sup>



Die EEG-Umlage wurde von 6,5 ct/kWh in 2021 ab Januar 2022 auf 3,723 ct/kWh abgesenkt. Ab dem 1. Juli 2022 wurde sie von der Bundesregierung zur Entlastung der Verbraucher aufgrund der Hochpreislage komplett gestrichen.

### 2.1.3. Allgemeine Geschäftsentwicklung

In fortgesetzter Folge unterstützt die Rhein Hessische seit Jahren aktiv die Klimaschutzziele des kommunalen Gesellschafters Stadt Ingelheim. Investitionen in technische Neuerungen bringen die Energienetze auf den neusten Stand und stellen die Aufnahme regenerativ erzeugter Energie sicher. Der im Sommer 2014 mit einer Leistung von 18 Megawatt in der naheliegenden Region Hunsrück an das Netz angeschlossene Windpark verrichtete im Jahr 2022 sein achttes volles Betriebsjahr. Aufgrund des Winddargebots in 2022 wurde die erwartete Stromproduktion nahezu erreicht. Betreiber ist ein Konsortium, zu dessen drei Partnerunternehmen eine Bürgerbeteiligung von über 450 Personen zählt.

Aufgrund von erhaltenen Konzessionen zum Betreiben der Strom- und Gasnetze der Stadt Bingen am Rhein wurde im Jahr 2015 gemeinsam mit den Stadtwerken Bingen, die Bingen

<sup>5</sup> CKE Rückblick

Netz GmbH Co. KG gegründet. Zum 1. Januar 2020 wurde ein Teil der Stromnetze in Bingen übernommen. Gegenwärtig ist die Gesellschaft mit der Herausgabe der restlichen Netze von den Altkonzessionären befasst.

Durch die massiven Verwerfungen an den Energiemärkten und den damit verbundenen Preisverwerfungen hat die Rhein Hessische die Neukundenakquise im Strom- und Gasvertrieb komplett eingestellt. Der primäre Fokus im Geschäftsjahr 2022 lag auf einer intensiven Bestandskundenbetreuung, die überwiegend aus den erforderlichen Preisanpassungen und der Unsicherheit der Bürger resultierte. Die Versorgungssicherheit und die politisch beschlossenen Entlastungspakete standen im Zentrum der Kundenkommunikation. Um diesem schnellen Informationsbedarf gerecht zu werden, wurden weitere Maßnahmen für eine zukunftsorientierte digitale Kundenkommunikation ergriffen.

Das Versorgungsgebiet unserer Gesellschaft ist im Berichtsjahr durch die Übernahme der Gasversorgung in Gau-Algesheim leicht gewachsen.

Die Gesellschaft versorgt seit Gründung der Rhein Hessischen im Jahr 1954 die Stadt Ingelheim am Rhein mit Strom, Gas und Wasser, seit 2020 drei Ortsteile von Bingen mit Strom sowie seit 2022 die Stadt Gau-Algesheim mit Gas. Das Versorgungsgebiet umfasst eine Fläche von 10.059 ha mit 47.413 Einwohnern. Im Berichtsjahr war die Strom-, Gas- und Wasserversorgung jederzeit sichergestellt.

Das Stammkapital und seine Anteilsverhältnisse blieben gegenüber dem Vorjahr dem Grunde nach unverändert. Vom Stammkapital in Höhe von 14,0 Mio. € hält die Stadt Ingelheim am Rhein 62,95 % und die Thüga Aktiengesellschaft, München, 37,05 %.

Zweck unserer Gesellschaft ist die Versorgung von Kunden mit Energie und Wasser. Hierzu übt die Rhein Hessische folgende Tätigkeiten im Sinne des EnWG aus:

- Elektrizitätsverteilung
- Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors
- Gasverteilung
- Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors
- Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors

## 2.2. Wirtschaftliche Entwicklung

### 2.2.1. Ertragslage

#### **Gesamtunternehmen**

Das Jahresergebnis 2022 von 2.607 T€ übersteigt das Niveau des äußerst ertragsschwachen Vorjahres um 26,3 %. Es übersteigt ebenfalls Erwartungen des Unternehmens in einem derzeit sehr volatilen Umfeld, ist dabei aber stark geprägt durch Effekte, die nicht nachhaltig zu Ertragszuwächsen führen. Im Vordergrund des Unternehmens steht dennoch weiter der Grundsatz der Nachhaltigkeit, ergänzt um das notwendige Maß an neuen Innovationen. Die strategische Ausrichtung trägt den sich stetig wandelnden Herausforderungen aus den Märkten, der Regulierung und den technischen Fortschritten Rechnung.

## **Stromversorgung**

Zum 01.01.2022 waren sinkende Umlagen, Abgaben und Steuern zu verzeichnen, die überwiegend aus der Senkung der EEG-Umlage zum Jahreswechsel resultierten. Gegenläufig und damit gestiegen sind die Strombezugskosten und die Netzentgelte, die entsprechend der Vertragslage an die Kunden weitergereicht wurden. Eine Änderung der Allgemeinen Preise fand dadurch sowohl zum 01.01.2022 als auch zum 01.06.2022 statt, zum 01.07.2022 entfiel die EEG-Umlage. Die Umsatzerlöse sanken absatzbedingt um 4,1 %.

Die Lieferung von Strom in fremde Netze sinkt durch Kündigungen von Lieferverträgen um 21,8 %.

Die transportierten Netzmengen an Strom bilden den Bedarf in den Netzgebieten der Rheinhessischen ab und sind insbesondere wegen einer geringeren Ausspeisung an Lastprofilkunden leicht rückläufig.

## **Gasversorgung**

Die Versorgung der wärmegeführten Kunden im eigenen Netzgebiet hat einen hohen Anteil am gesamten Erdgasabsatz. Im Jahr 2022 sank die Gesamtabgabe um 15,8 % hauptsächlich durch Verbrauchseinsparungen auf Kundenseite. Eine Änderung der Allgemeinen Preise fand dadurch sowohl zum 01.01.2022 als auch zum 01.06.2022 statt. Zum 01.10.2022 wurde die Senkung der Umsatzsteuer umgesetzt. Die Umsatzerlöse stiegen preisbedingt um 11,2 %.

Analog zur Stromversorgung wirken sich vor allem die kündigungsbedingten Vertragsabgänge in fremden Netzen deutlich absatzsenkend aus (- 25,9 %).

Trotz der Aufnahme der Versorgung der Stadt Gau-Algesheim zum 01.01.2022 war eine geringere Transportmenge an Gas im Netz der Rheinhessischen zu verzeichnen. Dabei war die Ausspeisung an Haushalte und Kleingewerbe ebenso rückläufig wie die Ausspeisung an Industrie- und sonstige Lastgangkunden.

## **Wasserversorgung**

Der Wasserabsatz ist gegenüber dem Vorjahr um 4,8 % ansteigend. Im Berichtsjahr wurden 1.413.759 m<sup>3</sup> Trinkwasser (Vorjahr: 1.539.878 m<sup>3</sup>) mittels eigener Wassergewinnungsanlagen gefördert. Das sind 58,2 % der gesamten Wasserbereitstellung. Der Bezug der restlichen Wassermengen erfolgte durch ortsnahe Zulieferer.

### **2.2.2. Vermögens- und Finanzlage**

Die Bilanz per 31.12.2022 schließt mit einer Summe von 70,8 Mio. € ab und weist in Übereinstimmung mit der Jahreserfolgsrechnung für den Zeitraum 1.1. bis 31.12.2022 einen Bilanzgewinn von 2.614 T€ aus. Das Eigenkapital beträgt 35,1 % der Bilanzsumme. Das Anlagevermögen ist in Höhe von 45,8 % durch Eigenkapital gedeckt und entspricht 76,7 % der Bilanzsumme.

Zum 31.12.2022 hat die Rhein Hessische erstmals Drohverlustrückstellungen ausgewiesen. Dies geschah durch die steigenden Energiekosten für Beschaffungen für Folgejahre, die durch die Energiekrise und den Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine ausgelöst wurden.

### Investitionen

Im Jahr 2022 wurden Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von 3.791 T€ getätigt. Von den Zugängen zu Gegenständen des Anlagevermögens entfallen auf:

Immaterielle	761.365 €
Stromversorgung	703.110 €
Gasversorgung	1.057.522 €
Wasserversorgung	720.821 €
Wärmeversorgung	155.770 €
Gemeinsame und sonstige Anlagen	392.549 €
<b>Investitionen</b>	<b>3.791.137 €</b>

Die Investitionen entfallen mit 901 T€ auf die Elektrizitäts- und mit 1.292 T€ auf die Gasverteilung.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch Fremdmittel in Höhe von 3,2 Mio. €. Für die Restbeträge stand der operative Cash-Flow zur Verfügung.

#### 2.2.3. Entwicklung der Tätigkeiten

Die Bilanz der Elektrizitätsverteilung schließt per 31.12.2022 mit einer Summe von 16.977 T€ ab und weist in Übereinstimmung mit der Jahreserfolgsrechnung für den Zeitraum 1.1. bis 31.12.2022 einen Bilanzgewinn von 558 T€ (Vorjahr: 311 T€) aus.

Die Bilanz der Gasverteilung schließt per 31.12.2022 mit einer Summe von 12.200 T€ ab und weist in Übereinstimmung mit der Jahreserfolgsrechnung für den Zeitraum 1.1. bis 31.12.2022 einen Bilanzverlust von 345 T€ (Vorjahr: Bilanzgewinn 66 T€) aus.

Die Ergebnisse sind durch regulatorische Vorgaben und Mengeneffekte beeinflusst.

#### 2.2.4. Geschäftsverlauf und Gesamtaussage

Der Geschäftsverlauf, der mit einem Jahresüberschuss von 2.607 T€ abschließt, übersteigt unsere Erwartungen von 2,3 Mio. €, ist aber von nicht nachhaltigen Sondereffekten geprägt.

## 3. Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

### 3.1. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der Gesellschaft erfolgt über zahlreiche finanzielle Leistungsindikatoren. Dazu gehören insbesondere die Umsatzerlöse und das Jahresergebnis.

Die Umsatzerlöse verbesserten sich von 48.188 T€ auf 51.242 T€, insbesondere aufgrund Effekten aus Mehr-/Minderungenabrechnungen in den Netzen und kostenbedingten Preis-anpassungen beim Gashandel. Die Mehrerlöse konnten Kostensteigerungen, insbesondere beim Materialaufwand ausgleichen und führten in Verbindung mit einem gestiegenen Beteiligungsertrag zu einem auf 2.607 T€ angestiegenen Jahresüberschuss.

Das Controlling der Gesellschaft stellt der Geschäftsführung in einem regelmäßigen Reporting und in Prognoserechnungen sowie in darüberhinausgehenden Analysen ein umfassendes Bild der wirtschaftlichen Situation sowie der zukünftigen Entwicklung bereit.

### 3.2. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

#### **Qualitäts-, Umwelt- und Energiemanagementsystem**

Die Sicherstellung einer reibungslosen Energie- und Wasserversorgung nach den Anforderungen unserer Kunden wird auch zukünftig die Hauptaufgabe der Gesellschaft bleiben. Zur Qualitätssicherung und zur Berücksichtigung der Umweltkriterien hat die Rheinhessische ein umfassendes Managementsystem nach den Normen DIN EN ISO 9001:2015 und DIN ISO 14001:2015 eingeführt. Die Systeme werden jährlich durch den TÜV Rheinland Cert GmbH, Köln, auditiert. Im Rhythmus von 3 Jahren erfolgen die Rezertifizierungen. Sie wurden im Jahr 2021 erneut erteilt. Zur Zertifizierung gehört, dass die Mitarbeiter entsprechend den betrieblichen Anforderungen geschult sind.

#### **Technisches Sicherheitsmanagement und Informations-Sicherheits-Management-System**

Im Jahr 2021 erfolgte die VDE-TSM und DVGW-TSM Rezertifizierung. Zur Umsetzung des IT-Sicherheitsgesetzes wurde auf Basis des IT-Sicherheitskataloges der Bundesnetzagentur im Jahr 2017 ein Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) auf Basis der ISO/IEC 27001 ff eingeführt und 2018 erfolgreich zertifiziert. Nachfolgende Überwachungs- und Rezertifizierungsaudits durch den TÜV Rheinland CERT GmbH zum Erhalt des Zertifikats, bestätigen auch in diesem Jahr die Wirksamkeit des ISMS. Aufgrund des Krieges in der Ukraine erhöhte sich die Bedrohungslage im IT-Bereich der Kritischen Infrastrukturen enorm. Maßnahmen, wie zusätzliche Awareness-Schulungen der Mitarbeiter, Penetrationstest der Systeme von außen sowie ein Workshop, der den Umgang mit einem Cyberangriff vertieft hat, wurden durchgeführt und etabliert. Diese Maßnahmen erhöhen das Sicherheitsniveau der IT im kritischen Umfeld und tragen somit wesentlich zur Versorgungssicherheit bei.

## **Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz**

Die Mitarbeiter der Rhein Hessischen wurden 2022 vom Facharzt für Arbeitsmedizin Dr. med. Alexander Keth arbeitsmedizinisch sowie durch die DVGW-Sicherheitstechnischer Dienst der Versorgungswirtschaft GmbH sicherheitstechnisch betreut. Die gesundheitsfördernden Maßnahmen werden in regelmäßigen Sitzungen des Arbeitssicherheitsausschusses verfolgt. Daneben legt der Arbeitssicherheitsausschuss die zu ergreifenden Maßnahmen hinsichtlich der Arbeitssicherheit in einem fortlaufenden Prozess fest.

## **Kontinuierlicher Verbesserungsprozess**

Das von der Gesellschaft kontinuierlich fortgeführte Qualitäts- und Umweltmanagementsystem wird regelmäßig intern sowie extern durch die TÜV Rheinland Cert GmbH auditiert. Ergebnisse der Auditierung sowie erkannter Veränderungsbedarf fließen in einen Maßnahmenplan ein und sichern einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess im Unternehmen.

## **Aus- und Weiterbildung**

Um dem wachsenden Wandel der Energiewirtschaft Rechnung zu tragen, nehmen unsere Mitarbeiter regelmäßig an fachspezifischen Seminaren und Weiterbildungen teil. Mit flexiblen Vereinbarungen ermöglicht die Rhein Hessische ihren Mitarbeitern auch ein Studium parallel zur Arbeit. Daran beteiligt sich die Rhein Hessische durch Freistellungen und der Übernahme von Studiengebühren.

## **Vertragsverpflichtungen**

Die Vertragsverpflichtungen aus den Konzessionen zur Nutzung öffentlicher Wege gegenüber der Stadt Ingelheim konnten erfüllt werden.

# **4. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht**

## **4.1. Risikomanagement**

Vor dem Hintergrund der Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) und den im Zuge der Liberalisierung wachsenden Risiken innerhalb der Energiewirtschaft hat die Gesellschaft eine alle Bereiche des Unternehmens umfassende Risikoinventur durchgeführt, die Risiken bewertet und dokumentiert. Insbesondere bestehen Ertragsrisiken aus der staatlichen Regulierung der Netzbewirtschaftung und dem zunehmenden Wettbewerb auf den Energiemärkten.

Im Rahmen einer systematischen Risikoerhebung werden alle wesentlichen Risiken identifiziert, analysiert und überwacht, mit dem Ziel, möglichst frühzeitig geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Die laufende Kommunikation der Risiken zwischen der Geschäftsführung und den Organisationseinheiten erfolgt regelmäßig. Hierbei wird die Risikosituation diskutiert und bewertet und es werden entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Unternehmerisches Handeln birgt neben Risiken auch Chancen. Ein strategisches Ziel besteht in der Identifikation und Realisierung unternehmerischer Chancen und weiterer Perspektiven in neue Geschäftsfelder. Die Rhein Hessische hat ihre Chancen quantifiziert und in einem Verzeichnis als Leitlinie für die Zukunft zusammengefasst.

In den Bereichen Strom- und Gasversorgung liegt der Risikofokus auf den Beschaffungs- und Absatzrisiken. Die Überwachung und Steuerung der Risikopositionen im Beschaffungs- und Absatzmarkt wird neben internen Kontrollmechanismen von einem externen Controlling durchgeführt und erfolgt auf Grundlage eines adäquaten Risikohandbuchs.

Aus der Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios ergaben sich jedoch keine bestandsgefährdenden Rückschlüsse.

#### 4.2. Ausblick

Der generelle Ausblick an den Märkten ist vage. Nach der Corona-Pandemie in den vergangenen Jahren dominiert der Krieg in Europa die Erwartungen. Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine im Februar 2022 hat vieles verändert. Mit den billigen Gaslieferungen aus Russland war es erst einmal vorbei. Viele Rohstoffe und Vorprodukte wurden knapp und teuer. Es gab Lieferschwierigkeiten. Der große Aufschwung nach dem Abebben der Pandemie ist jedenfalls ausgeblieben. Dafür waren die Belastungsfaktoren – Inflation, Russland-Ukraine-Krieg, Energiekrise – zu groß. Dennoch hat sich die deutsche Wirtschaft in diesem äußerst schwierigen Umfeld besser als zwischenzeitlich erwartet geschlagen. Als Beleg dient das nach ersten Berechnungen durch das Statistische Bundesamt zu erwartende Wachstum des Brutto-inlandsprodukts in Höhe von 1,9 % für 2022.

Der Ukraine-Krieg bestimmt noch immer den Konjunkturausblick. Er drückt auf die Stimmung von Verbrauchern und Investoren. Die Sanktionen gegen Russland erweisen sich als zweischneidiges Schwert angesichts der drastisch gestiegenen Energiepreise. Trotz der widrigen Umstände hat es den Anschein, dass die westlichen Volkswirtschaften eine schwere Rezession abwenden können.

Die zeitweilig drastisch gestiegenen Energiepreise haben die Inflationsentwicklung wesentlich beeinflusst. Inzwischen nimmt der Preisauftrieb zwar ab, doch eine Rückkehr auf das niedrige Niveau der vergangenen Jahre ist nicht zu erwarten. Strukturelle Gründe wie die stärkere CO<sub>2</sub>-Bepreisung und der zunehmende Mangel an Fach- und Arbeitskräften (steigender Lohndruck) sprechen dagegen. Entsprechend wird die Europäische Zentralbank an ihrer Straffung der Geldpolitik in Form von Zinserhöhungen festhalten.<sup>6</sup>

<sup>6</sup> CKE Einschätzung (Stand 26. Januar 2023)



## Ausblick Erdgas

Der Lieferstopp von russischem Erdgas nach Deutschland im letzten Sommer führte zu drastischen Veränderungen im Handel am Erdgasmarkt. Dabei wurden nie gekannte Preisniveaus erreicht. Im Schulterschluss mit einigen EU-Ländern (Norwegen, Niederlande, Belgien und Frankreich) gelang es trotzdem die Gasspeicherbestände auf die mittlerweile gesetzlich vorgeschriebenen Mindestfüllstände vor Beginn eines Winterhalbjahrs zu erreichen. Liquiditätshilfen und Maßnahmen des Staates sorgten für einen weiter funktionierenden Großhandelsmarkt. Erinneert sei in diesem Zusammenhang an die Verstaatlichung des größten deutschen Gashändlers Uniper. Ein bislang zeitweise ungewöhnlich mildes Winterwetter sorgte für Entspannung, auch wenn die Preisniveaus vor dem Ukrainekrieg größtenteils noch nicht wieder erreicht wurden. Die hohen Gasspeicherbestände in Deutschland und innerhalb der EU lassen eine im letzten Herbst noch befürchtete Gasmangellage im laufenden Winterhalbjahr nicht mehr erwarten. Je höher die Bestände in den Frühling starten, um so entspannter fällt die Nachfrage in den Sommermonaten zur Wiederbefüllung aus.

Weltweit ist kein Mangel an Erdgas festzustellen. Verdeutlicht wird dies durch die rekordhohen Anlandungen von Flüssiggas (LNG) in Europa. Mittlerweile liegen an Deutschlands Küsten drei schwimmende LNG-Terminals vor Anker. Weitere Anlagen sind für die nächsten Monate und Jahre geplant. Gelingt der Ausbau der Infrastruktur, sind auch größere LNG-Belieferungen möglich. Mehr und mehr verringert sich damit die Abhängigkeit von russischem Pipelinegas. Nach derzeitigem Stand ist eine anhaltende Entspannung nicht auszuschließen. Unsicherheitsfaktoren sind das generelle Sicherheitsrisiko für die Gasinfrastruktur, die weitere Witterungsentwicklung im laufenden Winterhalbjahr, der Fortgang im Ukraine-Krieg in Verbindung mit dem extrem angespannten Verhältnis der EU gegenüber Russland sowie der weltweiten Konjunktorentwicklung. Die strikte Corona-Politik der chinesischen Regierung hat die Weltwirtschaft im abgelaufenen Jahr belastet. Danach lockerte China aber seine rigide Politik und hat dafür aktuell mit hohen Infektionszahlen zu kämpfen. Kehrt die chinesische Wirtschaft zu alter Stärke zurück, dürfte dies auch zu einer steigenden Energienachfrage führen. Ein einhergehender Konkurrenzkampf am LNG-Markt zwischen Asien und Europa ist dann ein wahrscheinliches Szenario.<sup>7</sup>

## Ausblick Strom

Im Zuge des massiven Anstiegs der Rohstoffwerte durch die geopolitischen Risiken erreichte der Strommarkt ebenfalls historische Rekordstände. Seit September kam es dann zu einer sukzessiven Beruhigung an der Preisfront im Zuge fallender Brennstoffpreise. Aber nicht nur der Einflussfaktor des Rohstoffsektors war für die Preisbewegungen verantwortlich, sondern auch die Stromerzeugung im Nachbarland Frankreich. Vor Beginn des Winterhalbjahres waren rund die Hälfte der französischen Kernkraftwerke aufgrund von Wartungs- und Reparaturarbeiten außer Betrieb. Eine in den letzten Wochen zunehmende Rückkehr von Meilern ans Netz hat die Stromproduktion verbessert. Für die kommenden Monate ist eine weitere Entspannung zu erwarten. Da gerade das Handelsprodukt Strom durch eine Reihe von multi-variablen Einflussgrößen bestimmt wird, ist die Preisentwicklung in hoher Abhängigkeit mit dem weiteren Fortgang der stromrelevanten Rohstoffe zu sehen. Dabei wird auch das Wetter mit Blick auf die regenerative Erzeugung eine Rolle spielen. Weitere Preisrückgänge nach dem

<sup>7</sup> CKE Einschätzung (Stand 26. Januar 2023)

Höhenflug im letzten Jahr sind nicht auszuschließen. Niveaus aus der ersten Jahreshälfte 2021 werden allerdings nicht wieder erreicht.

### **Zusammenfassung**

Der eingetrübte Wirtschaftsausblick durch die immer noch vergleichsweise hohen Energiekosten lässt eine Zunahme des Verbrauchs kaum erwarten. Daran werden auch die Entlastungsmaßnahmen der Politik durch die geplanten Preisbremsen für Strom und Erdgas nichts ändern.

### **Verteilnetze**

Die Rheinhessische überlässt ihre Strom- und Gasversorgungsanlagen diskriminierungsfrei anderen Wettbewerbern zur Belieferung von Endkunden. Gemäß den Anforderungen der Bundesnetzagentur sind für Strom und Gas alle Prozesse in unserer Organisation und in der Kundenkommunikation in einen Netz- und Vertriebssteil getrennt.

Die Netznutzung unterliegt der staatlichen Regulierung. Grundlage für die Festsetzung der Erlösobergrenzen ist die so genannte Anreizregulierungsverordnung, mit der vom Gesetzgeber die verfahrensrechtliche Grundlage für eine Entkopplung der Erlöse aus den Netznutzungsentgelten von den realen Netzkosten gelegt wurde. Im Rahmen der Bestimmungen der Anreizregulierung hat die Rheinhessische von der Option des vereinfachten Verfahrens Gebrauch gemacht.

Zum jetzigen Zeitpunkt sieht die Rheinhessische keine Notwendigkeit für eine Abwertung der Gasnetze. Zunächst sind die weitere technische Entwicklung und die daraus resultierenden alternativen Nutzungsmöglichkeiten abzuwarten. Die zukünftige Entwicklung wird die Rheinhessische kritisch beobachten und zu gegebener Zeit Maßnahmen daraus ableiten.

### **Digitalisierung**

Die sich aus der fortschreitenden Digitalisierung ergebenden Innovationsmöglichkeiten bindet das Unternehmen in zunehmendem Maße in seine Organisation ein. Die Digitalisierung lässt neue Chancen und Risiken entstehen. Sie wird einerseits durch ein verändertes Anspruchsverhalten der Kunden in das Unternehmen getragen und andererseits vom Gesetzgeber aufgelegt. Hierzu zählt die Liberalisierung des Energiemarktes, der Ausbau der erneuerbaren Energien und das Smart Metering. Um diese Herausforderungen zu bewältigen ist die fortgesetzte Implementierung digitaler Technologien erforderlich. Gerade hierin liegen die Chancen, zu denen skalierbare IT-Plattformen, die Einrichtung digitaler Vertriebskanäle und darauf abgestimmte Produkte gehören.

## **Smart Metering**

Die Smart Metering Technologie wird nicht zuletzt durch die Europäische Union als eine Schlüsseltechnologie zum Gelingen der Energiewende gesehen und kann den eingeschlagenen Weg hin zur Digitalisierung vorantreiben. Hier steht die Rheinhessische in Konkurrenz zu branchenfremden Anbietern, die sich bereits mit der neuen Technologie befassen. Das Unternehmen hat dennoch die Möglichkeit, durch seine vorhandenen Kundenkontakte mit alternativen Lösungen langfristige Absatzbindungen zu bewirken. Für Kunden, die in unterschiedlichen Netzgebieten von der Rheinhessischen mit Energie beliefert werden, ist Bedarf auf eine Vereinheitlichung der Messsysteme erkannt worden. Gerade die intelligenten Messsysteme sollen zunehmend mit der Fortentwicklung gesetzlicher Auflagen in die Bestimmung von Stromart und Stromverwendung durch den Verbraucher eingebunden werden.

## **Gesamtunternehmen**

Die Rheinhessische wird große Anstrengungen unternehmen, um weiterhin die bisher schon hohe Versorgungszuverlässigkeit gegenüber ihren Kunden zu gewährleisten.

So sind in 2023 allein für den Ausbau von Sachanlagevermögen und immateriellen Anlagen Investitionen in Höhe von 3,7 Mio. € vorgesehen.

Die Rheinhessische verfügt über einen Maßnahmenkatalog, der die Zukunftssicherung des Unternehmens mit den lokalen Klimaschutzziele in Einklang bringt und es in den jüngsten Wandel der Energiewirtschaft integriert. Eine wesentliche Notwendigkeit ist dabei, die traditionellen Geschäftsfelder des Unternehmens weiter in die neuen Maßstäbe der Energiewende zu überführen und auf den zeitlichen Anspruch der Digitalisierung anzupassen. Ein weiteres Kriterium zur wirtschaftlichen Stabilität und Nachhaltigkeit ist durch die Verlängerung aller Konzessionen für Strom und Gas in den Grundversorgungsgebieten erfüllt.

Gemessen an der auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Gesamtleistung des Unternehmens erwartet die Geschäftsführung ein Ergebnis auf dem Niveau der Vorjahre von 2 - 2,7 Mio. €.

Ingelheim am Rhein, den 05. April 2023

RHEINHESSISCHE  
Energie- und Wasserversorgungs-Gesellschaft  
mit beschränkter Haftung

Maik Thum      Martin Wunderlich

# Bilanz zum 31.12.2022

## Aktiva

	2022		Vorjahr
	€	€	€
<b>A. Anlagevermögen</b>			
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			
1. Baukostenzuschüsse, Software und Sonstige Nutzungsrechte		2.654.510,00	1.941.180,00
<b>II. Sachanlagen</b>			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	3.485.109,00		3.742.229,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	36.613.785,00		33.202.669,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	557.544,00		594.170,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	424.935,00		4.015.973,00
		41.081.373,00	41.555.041,00
<b>III. Finanzanlagen</b>			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	298.941,75		298.941,75
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.048.380,00		1.195.020,00
3. Beteiligungen und Genossenschaftsanteile	9.183.599,20		8.933.984,80
4. Sonstige Ausleihungen	1.584,65		2.091,73
		10.532.505,60	10.430.038,28
		<b>54.268.388,60</b>	<b>53.926.259,28</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
<b>I. Vorräte</b>			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	899.834,36		965.800,33
2. Emissionsrechte	1.172.381,46		1.184.207,06
		2.072.215,82	2.150.007,39
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.927.760,12		9.811.876,50
2. Forderungen gegen Gesellschafter	456.047,07		318.799,97
3. Forderung gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00		1.447,76
4. Forderung gegenüber Unternehmen mit Beteiligungs- verhältnis	4.808,79		4.369,68
5. Sonstige Vermögensgegenstände	1.796.746,77		468.592,19
		12.185.362,75	10.605.086,10
<b>III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>			
		2.085.517,53	188.810,43
		<b>16.343.096,10</b>	<b>12.943.903,92</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			
		<b>188.883,92</b>	<b>137.775,78</b>
<b>Bilanzsumme</b>		<b>70.800.368,62</b>	<b>67.007.938,98</b>

## Passiva

	2022		Vorjahr
	€	€	€
<b>A. Eigenkapital</b>			
<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>	14.000.000,00		14.000.000,00
<b>II. Kapitalrücklage</b>	511.291,88		511.291,88
<b>III. Gewinnrücklagen</b>			
1. Rücklage für Anlagenerhaltung	511.291,88		511.291,88
2. Andere Gewinnrücklagen	7.539.850,70		7.239.850,70
	8.051.142,58		7.751.142,58
<b>IV. Bilanzgewinn</b>	2.314.157,94		2.067.048,46
	<b>24.876.592,40</b>		<b>24.329.482,92</b>
<b>B. Empfangene Ertragszuschüsse</b>		<b>7.161.946,00</b>	<b>6.990.207,00</b>
<b>C. Rückstellungen</b>			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	698.000,00		829.000,00
2. Steuerrückstellungen	431.035,48		230.000,00
3. Sonstige Rückstellungen	5.569.116,43		3.418.491,39
	<b>6.698.151,91</b>		<b>4.477.491,39</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22.812.657,85		20.878.016,20
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.879.625,14		3.119.706,57
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	1.142.378,68		1.376.230,21
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	422.378,45		420.000,00
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	48.401,58		38.479,25
6. Sonstige Verbindlichkeiten			
a) Schuldscheindarlehen	3.213.334,29		3.615.698,61
b) Andere sonstige Verbindlichkeiten	2.364.338,40		1.629.470,05
- davon aus Steuern:			
0,00 € (Vorjahr: 595.088,76 €)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:			
62.108,99 € (Vorjahr: 22.886,12 €)			
	<b>31.883.114,39</b>		<b>31.077.600,89</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>180.563,92</b>	<b>133.156,78</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>70.800.368,62</b>		<b>67.007.938,98</b>

# Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01.2022 bis 31.12.2022

	2022			Vorjahr
	€	€	€	€
1. Umsatzerlöse		53.938.859,11		51.185.401,65
Strom- und Energiesteuer		-2.697.124,51		-2.997.335,42
		<b>51.241.734,60</b>		<b>48.188.066,23</b>
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		229.036,97		328.204,35
<b>3. Gesamtleistung</b>		<b>51.470.771,57</b>		<b>48.516.270,58</b>
4. Sonstige betriebliche Erträge		4.369.120,11		4.418.051,68
			4.369.120,11	
			<b>55.839.891,68</b>	<b>52.934.322,26</b>
5. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	32.300.064,04			29.723.977,96
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	896.508,66			1.050.124,49
		<b>33.196.572,70</b>		<b>30.774.102,45</b>
6. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	6.090.473,31			5.854.132,11
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.601.620,06			1.565.797,57
- davon für Altersversorgung: 466.233,20 €/456.886,13 €		7.692.093,37		7.419.929,68
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		3.523.224,00		3.363.693,00
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		9.448.074,75		9.865.406,49
			<b>53.859.964,82</b>	<b>51.423.131,62</b>
<b>9. Betriebsergebnis</b>			<b>1.979.926,86</b>	<b>1.511.190,64</b>
10. Erträge aus Beteiligungen		1.559.299,98		1.064.460,15
11. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		113.156,10		127.170,08
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		941,89		826,28
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		321.175,98		301.800,48
<b>14. Finanzergebnis</b>			<b>1.352.221,99</b>	<b>890.656,03</b>
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		716.891,99		329.430,47
<b>16. Ergebnis nach Steuern</b>			<b>2.615.256,86</b>	<b>2.072.416,20</b>
17. Sonstige Steuern		8.147,38		8.012,16
<b>18. Jahresüberschuß</b>			<b>2.607.109,48</b>	<b>2.064.404,04</b>
19. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			7.048,46	2.644,42
20. Einstellung in die Anderen Gewinnrücklagen			300.000,00	0,00
<b>21. Bilanzgewinn</b>			<b>2.314.157,94</b>	<b>2.067.048,46</b>

# Anhang

## der Rhein Hessische Energie und Wasserversorgungs- Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Ingelheim am Rhein, für das Geschäftsjahr 2022

### I. Erläuterungen zum Jahresabschluss

#### 1. Allgemeine Erläuterungen

Der Jahresabschluss der Rhein Hessische Energie- und Wasserversorgungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Ingelheim am Rhein (Amtsgericht Mainz, HRB 21115) ist nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des GmbH-Gesetzes sowie des Energiewirtschaftsgesetzes erstellt. Es gelten gemäß § 267 Abs. 3 HGB die Bestimmungen für große Kapitalgesellschaften, nach denen der Jahresabschluss, wie im Vorjahr, aufgestellt wurde.

Das Gliederungsschema der Bilanz ist gemäß § 265 Abs. 5 und 6 HGB um Besonderheiten in der Versorgungswirtschaft erweitert. Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte gemäß § 275 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren.

Die Wertansätze der Eröffnungsbilanz des Geschäftsjahres stimmen mit denen in der Schlussbilanz des vorangegangenen Geschäftsjahres überein.

Der Jahresabschluss berücksichtigt die vorgeschlagene Gewinnverwendung.

#### 2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind, mit Ausnahme der Anpassung der pauschalen Wertberichtigung auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten erfasst und linear, entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer, abgeschrieben.

Das Sachanlagevermögen ist mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bewertet.

Die Herstellungskosten umfassen neben den Einzelkosten auch Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie planmäßige Abschreibungen. Gemeinkosten und Abschreibungen sind auf Basis der bei normaler Beschäftigung und unter wirtschaftlichen Bedingungen anfallenden Kosten ermittelt. Zinsen auf Fremdkapital werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen. Den planmäßigen, nach der linearen bzw. degressiven Methode ermittelten Abschreibungen liegen die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern zwischen einem und 50 Jahren zugrunde. Die Bewertungsmöglichkeit, zum Übergang von der degressiven auf die lineare Abschreibungsmethode, wurde genutzt.

Die Abschreibungen auf neu angeschaffte bzw. hergestellte Sachanlagen werden linear vorgenommen. Soweit für Vorjahre steuerlich abweichende Abschreibungsmethoden und Wertansätze gewählt wurden, sind diese für die bis zum 31.12.2009 angeschafften bzw. hergestellten Anlagegüter beibehalten und fortgeführt worden.

Abnutzbare bewegliche geringwertige Anlagegegenstände bis zu 250,00 € wurden voll abgeschrieben.

Anlagegüter mit Anschaffungskosten über 250,00 € und bis 1.000,00 € sind analog zu § 6 Abs. 2 EStG aus Vereinfachungsgründen in einen Sammelposten eingestellt worden, der gleichmäßig über den Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben wird.

Finanzanlagen sind mit Anschaffungskosten bewertet. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB bei voraussichtlich dauernder Wertminderung auf den am Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. Von dem Wahlrecht des § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB, Finanzanlagen auch bei nur vorübergehender Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert abzuschreiben, wird kein Gebrauch gemacht.

Die in den Vorräten enthaltenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Einstandspreisen oder, unter Beachtung des Niederstwertprinzips, zu niedrigeren Zeitwerten bewertet. Für Lager- und Verwertungsrisiken wurden gestaffelte Abschläge im angemessenen Umfang vorgenommen. Die im Vorratsvermögen ausgewiesenen Emissionsrechte sind mit ihren Anschaffungskosten aktiviert.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nominalbeträgen angesetzt. Der Bilanzansatz der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen für die nicht zum Bilanzstichtag abgerechneten Energie- und Wasserabsätze wurde auf den Bilanzstichtag im Wege der Jahresverbrauchsabgrenzung hochgerechnet. Alle erkennbaren Einzelrisiken werden bei der Bewertung berücksichtigt. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind um angemessene Pauschalwertberichtigungen (3 %) vermindert. In Anbetracht der zu erwartenden höheren Forderungsausfälle wurde die Pauschalwertberichtigung von 1 % im Vorjahr auf 3 % hochgesetzt.

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern, gegenüber verbundenen Unternehmen und gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis vorliegt, werden bei Bestehen einer Aufrechnungslage im Sinne des § 387 BGB miteinander saldiert.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sind zu Nennwerten bilanziert.

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen den handels- und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragssteuersatzes von aktuell 27 %. Im Geschäftsjahr 2022 ergab sich insgesamt ein aktiver Überhang an latenten Steuern. Dieser wurde entsprechend § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

Die gemäß den Allgemeinen Versorgungsbedingungen (AVB) erhobenen Baukostenzuschüsse wurden als empfangene Ertragszuschüsse passiviert und, soweit sie bis einschließlich



31.12.2002 entstanden sind, jährlich mit 5 % der Ursprungsbeträge den Umsatzerlösen zugeführt. Die Auflösung der Baukostenzuschüsse, die nach dem 01.01.2003 vereinnahmt wurden, erfolgt analog zur Abschreibung der zugrunde liegenden Vermögensgegenstände zugunsten der Umsatzerlöse.

Die Rückstellung für mittelbare Pensionsverpflichtungen wurde ausgehend von den jährlichen Sanierungsaufwendungen mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz (0,96 %, Vorjahr: 1,08 %) der vergangenen zehn Geschäftsjahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 5 Jahren (Vorjahr: 6 Jahren) bewertet. Des Weiteren wurde für künftig erwartete Entgeltsteigerungen bei der Ermittlung der Verpflichtungen ein Gehaltstrend von 2,4 % p. a. (Vorjahr: 2,6 %) berücksichtigt.

Der Unterschiedsbetrag zwischen der Bewertung der Rückstellung nach Maßgaben des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellung nach Maßgaben des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt 7 T€ (Vorjahr: 20 T€).

Die sonstigen Rückstellungen und die Steuerrückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren bilanzierungspflichtigen Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Soweit Aufwendungen wahrscheinliche aber ihrem Eintrittszeitpunkt nach unbestimmte Verpflichtungen gegenüber Dritten darstellen, werden sie bei den sonstigen Rückstellungen bilanziert.

Die Bewertung erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages auf Vollkostenbasis. Künftige Preis- und Kostensteigerungen wurden bei der Ermittlung der Rückstellungen berücksichtigt.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank zum Bilanzstichtag ermittelt wurde, abgezinst.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag passiviert. Die Fristigkeiten ergeben sich aus der Anlage zum Anhang.

### 3. Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage zum Anhang dargestellt.

An der, unter den verbundenen Unternehmen ausgewiesenen, Gesellschaft Rhein Hessische Windpark Beteiligungs GmbH & Co. KG, Ingelheim (Festkapital 10 T€), bestehen Anteile von 60 %. Der geprüfte Jahresabschluss der Rhein Hessische Windpark Beteiligungs GmbH & Co. KG weist zum 31.12.2021 einen Jahresüberschuss von 378 T€ aus.

Des Weiteren ist unter den verbundenen Unternehmen mit 278 T€ eine 100 % Beteiligung an der ISW Ingelheimer Solar- & Windenergie GmbH, Ingelheim, ausgewiesen. Diese weist zum 31.12.2021 bei einem Eigenkapital von 209 T€ einen Jahresüberschuss von 32 T€ aus.

Die Ausleihungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 1.048 T€ (Vorjahr: 1.195 T€) betreffen die Rhein Hessische Windpark Beteiligungs GmbH & Co. KG.

Unter dem Posten Beteiligungen sind Anteile von 49 % an der Bingen Netz GmbH & Co. KG, Bingen (Festkapital 100 T€) ausgewiesen. Der geprüfte Jahresabschluss der Gesellschaft weist im Zuge der Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit zum 31.12.2021 einen Jahresfehlbetrag von 2 T€ aus.

Weiterhin hält die Rhein Hessische Minderheitsbeteiligungen von 0,73 % an der KOM9 GmbH & Co. KG, Freiburg im Breisgau, von 0,85 % an der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, München, und in geringem Maße Genossenschaftsanteile. Der Ansatz erfolgte jeweils zu Anschaffungskosten. Die Ausleihungen sind mit ihren Nominalbeträgen bilanziert.

In den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen in Höhe von 12.185 T€ (Vorjahr: 10.605 T€) sind – wie im Vorjahr – keine Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr enthalten.

Die Forderungen gegen Gesellschafter von 456 T€ (Vorjahr: 319 T€) resultieren aus Lieferungen und Leistungen sowie der Endabrechnung der Konzessionsabgabe. Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von 5 T€ (Vorjahr: 4 T€) resultieren aus Lieferungen und Leistungen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 1.797 T€ (Vorjahr: 469 T€) beinhalten im Wesentlichen mit 1.451 T€ Steuererstattungsansprüche und mit 240 T€ den Ausweis debitorischer Kreditoren.

Die aktive Rechnungsabgrenzung beinhaltet mit 174 T€ (Vorjahr: 123 T€) an die Bingen Netz GmbH & Co. KG weitergeleitete Hausanschlusskostenerstattungen.

Die Gesellschaft weist gemäß Gesellschaftsvertrag ein gezeichnetes Kapital von 14.000.000,00 € aus. Der Bilanzgewinn beinhaltet einen Gewinnvortrag in Höhe von 7.048,46 € (Vorjahr: 2.644,42 €).

Die Gesellschaft ist Mitglied bei der Zusatzversorgungskasse Darmstadt. Von der Zusatzversorgungskasse wird aufgrund der bestehenden Deckungslücke ein Sanierungsgeld in Höhe von 2,3 % p. a. des beitragspflichtigen Entgeltes erhoben. Die Rhein Hessische hat für diese mittelbare Verpflichtung eine Rückstellung für Pensionsverpflichtungen gebildet. Diese beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 698 T€ (Vorjahr: 829 T€).

Die Steuerrückstellungen betreffen Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer.

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von 5.569 T€ (Vorjahr: 3.418 T€) beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Emissionszertifikate (1.224 T€, Vorjahr: 1.222 T€), für energiewirtschaftliche Risiken (448 T€, Vorjahr: 410 T€), für Prozessrisiken (125 T€, Vorjahr: 198 T€), ausstehende Rechnungen (277 T€, Vorjahr: 226 T€) sowie Verpflichtungen aus dem Personalbereich (789 T€, Vorjahr: 735 T€), für Drohverluste (857 T€, Vorjahr: 0 T€) wie auch dem Bezug von Strom und Gas (888 T€, Vorjahr: 134 T€).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 22.813 T€ (Vorjahr: 20.878 T€) betreffen Darlehen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter betreffen mit 1.136 T€ Darlehen (Vorjahr: 1.335 T€) und mit 6 T€ Lieferungen und Leistungen (Vorjahr: 41 T€).

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 422 T€ (Vorjahr: 420 T€) beinhalten insbesondere Verbindlichkeiten aus Auszahlungen aus dem Gesellschafterkonto der Rhein Hessische Windpark Beteiligungs GmbH & Co. KG.

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten sind in Anlage 2 zum Anhang dargestellt.

Die passive Rechnungsabgrenzung beinhaltet mit 171 T€ (Vorjahr: 127 T€) für die Bingen Netz GmbH & Co. KG vereinnahmte Hausanschlusskostenerstattungen.

#### 4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Von den Umsatzerlösen entfallen auf die:

Stromversorgung	T€	25.687
abzüglich Stromsteuer	T€	1.543
	T€	24.144
Gasversorgung	T€	19.643
abzüglich Erdgassteuer	T€	1.154
	T€	18.489
Wasserversorgung	T€	5.460
Wärmeversorgung	T€	1.741
Dienstleistungs-, Installations- und übrige Erlöse	T€	1.408
	<b>T€</b>	<b>51.242</b>

Die Umsatzerlöse enthalten Auflösungen der Empfangenen Ertragszuschüsse von 378 T€ (Vorjahr: 423 T€).

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten Erstattungen für die Aufnahme und Weiterleitung von Strom aus erneuerbaren Energien (3.840 T€, Vorjahr: 4.051 T€), Lieferantenboni (6 T€, Vorjahr: 10 T€), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (252 T€, Vorjahr: 158 T€), Buchgewinne aus Anlagenabgängen (25 T€, Vorjahr: 8 T€), Erträge aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen (20 T€, Vorjahr: 55 T€) und andere sonstige Erträge (226 T€, Vorjahr: 136 T€).

Die Erlöse und Erträge beinhalten periodenfremde Anteile in Höhe von 0,4 Mio. € (Vorjahr: 0,3 Mio. €), davon 0,3 Mio. € aus der Auflösung von Rückstellungen.

Der Materialaufwand enthält im Wesentlichen Aufwendungen für den Energie- und Wasserbezug sowie die auf vorgelagerte Netzebenen entfallenden Kosten für den Energietransport.

Aus dem Strombezug für die Jahre 2023 bis 2026 ergibt sich ein Bestellobligo von 28,5 Mio. € (Vorjahr: 10,8 Mio. €), aus dem Gasbezug der Jahre 2023 bis 2026 von 35,5 Mio. € (Vorjahr: 10,6 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 9.448 (Vorjahr: 9.865 T€) beinhalten hauptsächlich Aufwendungen für die Aufnahme von Strom aus erneuerbaren Energien in Höhe von 3.817 T€ (Vorjahr: 4.029 T€), Konzessionsabgaben in Höhe von 2.038 T€ (Vorjahr: 2.083 T€), Vertragsdienste 141 T€, (Vorjahr: 138 T€) sowie Sachaufwendungen für Verwaltung und Betrieb und andere sonstige Aufwendungen 3.407 T€ (Vorjahr: 3.615 T€).

Die Aufwendungen beinhalten periodenfremde Anteile in Höhe von 0,2 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio €), insbesondere aus Abrechnungen für Vorjahre.

Das Finanzergebnis enthält neben den Beteiligungserträgen von 1.559 T€ (Vorjahr: 1.064 T€) die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens von 113 T€ (Vorjahr: 127 T€) und das negative Zinsergebnis von 320 T€ (Vorjahr: 301 T€). Im Zinsergebnis sind Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen und Verbindlichkeiten in Höhe von 4 T€ enthalten (Vorjahr: 36 T€). Zudem bestehen Zinsaufwendungen gegenüber einem Gesellschafter von 39 T€ (Vorjahr: 48 T€).

Die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens enthalten in voller Höhe Zinserträge aus verbundenen Unternehmen.

## II. Beziehungen zu Unternehmensorganen

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates beliefen sich auf 42 T€. Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer unterbleiben unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB.

### **Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehörten in 2022 folgende Personen an:**

**Ralf Claus**, Ingelheim am Rhein, Vorsitzender,  
Oberbürgermeister der Stadt Ingelheim am Rhein

**Michael Riechel**, Ravensburg, stellvertretender Vorsitzender,  
Vorstandsvorsitzender der Thüga Aktiengesellschaft, München

**Martin Gehringer**, Neubiberg, Referent Vertrieb, Thüga Aktiengesellschaft, München

**Stadtratsmitglied Rolf Henrich**, Ingelheim am Rhein, IT-Techniker

**Stadtratsmitglied Norbert Külzer**, Ingelheim am Rhein, Elektroingenieur

**Stadtratsmitglied Sascha Lakinger**, Ingelheim am Rhein, Coach

**Dr. Florian Pfeifle**, München, Rechtsanwalt, Thüga Aktiengesellschaft, München

**Marcel Rauschenbach**, Berlin, Diplom-Ökonom, Thüga Aktiengesellschaft, München (ab 01.11.2022)

**Stadtratsmitglied Michael Julius Schwarz**, Ingelheim am Rhein, Jurist

**Stadtratsmitglied Sybille Vogt**, Ingelheim am Rhein, Bankkauffrau

**Dr. Anton Winkler**, München, Referent Energiewirtschaft, Thüga Aktiengesellschaft, München (bis 31.10.2022)

**Stadtratsmitglied Jörg Wirtz**, Ingelheim am Rhein, Verfahrenstechnikingenieur

**als ständiger Gast:**

**Arbeitnehmervertreter René Jacobi**, Kirchberg, Elektrotechnikermeister

**Zu Geschäftsführern sind bestellt:**

**Diplom-Ingenieur Maik Thum**, Bingen

**Diplom Betriebswirt (FH) Martin Wunderlich**, Halsenbach,

### III. Beschäftigungszahlen und Arbeitnehmergruppen

Im Geschäftsjahr 2022 waren durchschnittlich beschäftigt (ohne Geschäftsführer):

	Anzahl
Angestellte	62
Arbeiter	23
Auszubildende	5
<b>Insgesamt</b>	<b>90</b>

Die Mitarbeiter werden nach dem Tarifvertrag Versorgungsbetriebe (TV-V) vergütet.

#### IV. Vorschlag zur Gewinnverwendung

Es wird vorgeschlagen aus dem Jahresüberschuss von 2.607.109,48 € und aus dem Gewinnvortrag von 7.048,46 € insgesamt 2.300.000,00 € auszuschütten, 300.000 € in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen und den Rest von 14.157,94 € auf neue Rechnung vorzutragen.

#### V. Sonstige Angaben

Geschäfte größeren Umfangs im Sinne des § 6b Abs. 2 EnWG wurden im Geschäftsjahr nicht getätigt.

Im Abschluss sind Honorare für Abschlussprüfungsleistungen für das Geschäftsjahr 2022 in Höhe von 56 T€ enthalten, davon entfallen auf die Jahresabschlussprüfung 34 T€ und auf andere Bestätigungsleistungen 22 T€.

#### VI. Nachtragsbericht

Es ergaben sich keine Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag.

Ingelheim am Rhein, den 05. April 2023

RHEINHESSISCHE  
Energie- und Wasserversorgungs-Gesellschaft  
mit beschränkter Haftung

Maik Thum

Martin Wunderlich

## Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2022

### Anschaffungs- und Herstellungskosten

	Vortrag 01.01.2022		U Ug	Umbuchung Umgliederung	Abgänge	Stand 31.12.2022
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>						
1. Baukostenzuschüsse, Software und sonstige Nutzungsrechte	9.973.807,00	761.365,00		410.777,00	0,00	<b>11.145.949,00</b>
<b>II. Sachanlagen</b>						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	15.732.809,00	43.280,00	U	0,00	0,00	<b>15.776.089,00</b>
2. Technische Anlagen und Maschinen	125.804.719,00	2.636.362,00	U	3.406.532,00	401.476,00	<b>131.446.137,00</b>
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.686.402,00	123.859,00		0,00	80.705,00	<b>3.729.556,00</b>
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.015.973,00	226.271,00	U	-3.817.309,00	0,00	<b>424.935,00</b>
<b>Sachanlagen insgesamt:</b>	<b>149.239.903,00</b>	<b>3.029.772,00</b>		<b>-410.777,00</b>	<b>482.181,00</b>	<b>151.376.717,00</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	298.941,75	0,00		0,00	0,00	<b>298.941,75</b>
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.195.020,00	0,00		0,00	146.640,00	<b>1.048.380,00</b>
3. Beteiligungen und Genossenschaftsanteile	8.933.984,80	249.614,40		0,00	0,00	<b>9.183.599,20</b>
4. Sonstige Ausleihungen	2.091,73	0,00		0,00	507,08	<b>1.584,65</b>
<b>Finanzanlagen insgesamt:</b>	<b>10.430.038,28</b>	<b>249.614,40</b>		<b>0,00</b>	<b>147.147,08</b>	<b>10.532.505,60</b>
<b>Anlagevermögen insgesamt:</b>	<b>169.643.748,28</b>	<b>4.040.751,40</b>		<b>0,00</b>	<b>629.328,08</b>	<b>173.055.171,60</b>

Beträge in Euro

01.01.2022	des Geschäftsjahres	Ug	Umgliederung	31.12.2022	31.12.2022	31.12.2022
8.032.627,00	458.812,00	0,00	0,00	<b>8.491.439,00</b>	<b>2.654.510,00</b>	1.941.180,00
11.990.580,00	300.400,00	0,00	0,00	<b>12.290.980,00</b>	<b>3.485.109,00</b>	3.742.229,00
92.602.050,00	2.603.527,00	0,00	373.225,00	<b>94.832.352,00</b>	<b>36.613.785,00</b>	33.202.669,00
3.092.232,00	160.485,00	0,00	80.705,00	<b>3.172.012,00</b>	<b>557.544,00</b>	594.170,00
0,00	0,00	0,00	0,00	<b>0,00</b>	<b>424.935,00</b>	4.015.973,00
<b>107.684.862,00</b>	<b>3.064.412,00</b>	<b>0,00</b>	<b>453.930,00</b>	<b>110.295.344,00</b>	<b>41.081.373,00</b>	41.555.041,00
0,00	0,00	0,00	0,00	<b>0,00</b>	<b>298.941,75</b>	801.191,75
0,00	0,00	0,00	0,00	<b>0,00</b>	<b>1.048.380,00</b>	1.195.020,00
0,00	0,00	0,00	0,00	<b>0,00</b>	<b>9.183.599,20</b>	8.431.734,80
0,00	0,00	0,00	0,00	<b>0,00</b>	<b>1.584,65</b>	2.091,73
0,00	0,00	0,00	0,00	<b>0,00</b>	<b>10.532.505,60</b>	10.430.038,28
<b>115.717.489,00</b>	<b>3.523.224,00</b>	<b>0,00</b>	<b>453.930,00</b>	<b>118.786.783,00</b>	<b>54.268.388,60</b>	53.926.259,28

Beträge in Euro



## Verbindlichkeiten zum 31.12.2022

### Bilanzposition

	Gesamtbetrag	davon mit einer Restlaufzeit von		
		bis zu einem Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahren
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (im Vorjahr)	<b>22.812.657,85</b> (20.878.016,20)	<b>1.594.817,19</b> (1.548.494,18)	<b>6.426.466,75</b> (6.013.392,53)	<b>14.791.373,91</b> (13.316.129,49)
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (im Vorjahr)	<b>1.879.625,14</b> (3.119.706,57)	<b>1.879.625,14</b> (3.119.706,57)	<b>0,00</b> (0,00)	<b>0,00</b> (0,00)
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter (im Vorjahr)	<b>1.142.378,68</b> (1.376.230,21)	<b>211.515,61</b> (240.406,10)	<b>883.694,52</b> (857.768,45)	<b>47.168,55</b> (278.055,66)
4. Verbindlichkeiten gegenüber verb. Unternehmen (im Vorjahr)	<b>422.378,45</b> (420.000,00)	<b>422.378,45</b> (420.000,00)	<b>0,00</b> (0,00)	<b>0,00</b> (0,00)
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis (im Vorjahr)	<b>48.401,58</b> (38.479,25)	<b>48.401,58</b> (38.479,25)	<b>0,00</b> (0,00)	<b>0,00</b> (0,00)
6. Sonstige Verbindlichkeiten (im Vorjahr)	<b>5.577.672,69</b> (5.245.168,66)	<b>2.735.706,30</b> (2.031.768,28)	<b>1.224.283,07</b> (1.304.954,02)	<b>1.617.683,32</b> (1.908.446,36)
<b>Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten:</b> (im Vorjahr)	<b>31.883.114,39</b> <b>(31.077.600,89)</b>	<b>6.892.444,27</b> <b>(7.398.854,38)</b>	<b>8.534.444,34</b> <b>(8.176.115,00)</b>	<b>16.456.225,78</b> <b>(15.502.631,51)</b>

Beträge in Euro

Die Zahlen in Klammern betreffen das Vorjahr.

# Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Rhein Hessische Energie- und Wasserversorgungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Ingelheim am Rhein

## Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

### Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der **Rhein Hessische Energie- und Wasserversorgungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Ingelheim am Rhein**, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Rhein Hessische Energie- und Wasserversorgungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Ingelheim, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

### Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

## **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

## **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine

wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sach-

gerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

### Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

#### Prüfungsurteile

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten Stromverteilung und Gasverteilung sowie Messstellenbetrieb nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG sowie § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und des § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

#### Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n. F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG" weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS1) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zu dienen.

### **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt "Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht" hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.


### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und des § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sowie § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.



Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können."

Bonn, 05. April 2023

Ebner Stolz GmbH & Co. KG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Bernhard Holz  
Wirtschaftsprüfer

Markus Mock  
Wirtschaftsprüfer